

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einleitung, Ziel und Gang der Untersuchung	23
2. Kapitel: Gewährleistungsgehalt und Reichweite des Art. 101 I 2 GG	28
I. Formelle Garantie des gesetzlich vorherbestimmten Richters	29
1. Der Gesetzgeber als Adressat	29
2. Die Rechtsprechung als Adressat	32
II. Materielle Garantie eines unparteilichen Richters	35
1. Die richterliche Unparteilichkeit als Bestandteil des Rechts auf den gesetzlichen Richter	36
a) Unparteilichkeit als Folgeanforderung, nicht als Voraussetzung des Richterbegriffs	38
b) Verfolgung einheitlicher Schutzzwecke	39
c) Verfassungseinheitlicher Prüfungsmaßstab im Hinblick auf Rechtsprechungsakte	41
d) Zwischenergebnis	42
2. Das Verhältnis des Rechts auf einen unparteilichen Richter zu dem Recht auf den gesetzlich bestimmten Richter	43
III. Verfassungsgerichtlicher Prüfungsumfang – Willkürkriterium	48
1. Dogmatische Herleitung	50
a) Materielle Herleitung aus Art. 101 I 2 GG	50
b) Funktionell-rechtliche Herleitung	53
c) Zwischenergebnis	55
2. Maßstab der Willkür	56
3. Kapitel: Die Verwerfung eines Ablehnungsgesuchs in dem Verfahren des § 26a II 1 StPO	58
I. Die Bedeutung des § 26a I, II 1 StPO im System der §§ 24 ff. StPO	58
1. Das System der Richterablehnung in den §§ 24 ff. StPO	58

a)	Prägung des Ablehnungsrechts durch die grundgesetzlichen Verfahrensgarantien	59
aa)	Die das Strafprozessrecht prägenden grundgesetzlichen Verfahrensgarantien	59
bb)	Widerstreit der grundgesetzlichen Verfahrensgarantien im Ablehnungsrecht	63
	(1) Beeinträchtigung grundgesetzlicher Rechte durch die Mitwirkung eines parteilichen Richters	63
	(2) Berücksichtigung des Beschleunigungsgebots als Teil des Rechtsstaatsprinzips	65
cc)	Zwischenergebnis	66
b)	Die Ablehnung wegen „Besorgnis der Befangenheit“ – Begriffsbestimmung	67
aa)	Prüfungsmaßstab der Besorgnis der Befangenheit	67
	(1) Individuelles Element der Besorgnis der Befangenheit	68
	(2) Objektives Element der Besorgnis der Befangenheit	69
bb)	Typische Erscheinungsformen der Besorgnis der Befangenheit	71
c)	Die Ausgestaltung des Ablehnungsverfahrens	73
2.	Sinn und Zweck der Regelung des § 26a I, II 1 StPO	74
a)	Sinn und Zweck der Festschreibung von Verwerfungsgründen in § 26a I StPO	74
aa)	Verspätung (§ 26a I Nr. 1 StPO)	76
bb)	Fehlende Begründung oder Glaubhaftmachung (§ 26a I Nr. 2 StPO)	79
cc)	Verschleppungsabsicht oder Verfolgung verfahrensfremder Zwecke (§ 26a I Nr. 3 StPO)	82
dd)	Zwischenergebnis	83
b)	Sinn und Zweck der Zuständigkeitsregelung des § 26a II 1 StPO	83
3.	Zwischenergebnis	84
II.	Generelle Vereinbarkeit einer Entscheidung des abgelehnten Richters über das Ablehnungsgesuch mit Art. 101 I 2 GG	85
1.	Das Verbot einer Entscheidung in eigener Sache und die prozessrechtlichen Ausnahmen	85
2.	Strikte Geltung des Verbots einer Entscheidung in eigener Sache im materiellen Ablehnungsrecht	93
3.	Die Entscheidung des abgelehnten Richters über die Zulässigkeit eines Ablehnungsgesuchs als Verstoß gegen das Verbot einer Entscheidung in eigener Sache?	97

a)	Die Rechtsprechung des BVerfG	97
b)	Die Entscheidung nach § 26a I, II 1 StPO als „unechte“ Entscheidung in eigener Sache	99
c)	Berührung der Schutzzwecke des Art. 101 I 2 GG durch eine „unechte“ Entscheidung in eigener Sache	100
aa)	Sicherung des Vertrauens in die Sachlichkeit und Neutralität der Rechtsprechung	100
bb)	Verhinderung einer sachfremden Einflussnahme auf den Inhalt gerichtlicher Entscheidungen	101
(1)	Gefahr einer sachfremden Einflussnahme wegen der Vornahme einer Wertentscheidung?	101
(2)	Gefahr einer sachfremden Einflussnahme wegen der Kombination einer Wertentscheidung mit einer „unechten“ Entscheidung in eigener Sache?	104
d)	Entscheidungskompetenz für „unechte“ Entscheidungen in eigener Sache als Ausdruck praktischer Konkordanz	105
4.	Zwischenergebnis	107
III.	Vereinbarkeit einer Entscheidung des abgelehnten Richters über die einzelnen Verwerfungsgründe des § 26a I StPO mit Art. 101 I 2 GG	107
1.	Verspätung (§ 26a I Nr. 1 StPO)	109
a)	Sonderkonstellation der kumulativen Begründung der Besorgnis der Befangenheit	112
aa)	Die Rechtsprechung des 1. und 3. Strafsenats des BGH	113
bb)	Eigene Bewertung dieser Rechtsprechung	114
b)	Ergebnis	118
2.	Fehlende Begründung oder Glaubhaftmachung (§ 26a I Nr. 2 StPO)	119
a)	Fehlende Begründung	119
b)	„Völlig ungeeignete“ Begründung	121
aa)	Zulässigkeit einer analogen Anwendung des § 26a I Nr. 2, 1. Var. StPO?	121
(1)	Analogiefähigkeit des § 26a I Nr. 2, 1. Var. StPO	122
(2)	Ausnahmecharakter des § 26a I, II 1 StPO und planwidrige Regelungslücke	129
(3)	Vergleichbare Interessenlage	131
(4)	Zwischenergebnis	133
bb)	Keine „offensichtliche Unbegründetheit“	133
(1)	Die Anforderungen des BVerfG	135

(a) Darstellung der Rechtsprechung des BVerfG	136
(b) Folgerungen aus der Rechtsprechung des BVerfG	137
(aa) Der Begriff der „völlig ungeeigneten Begründung“ im Sinne des § 26a I Nr. 2, 1. Var. StPO analog	137
(bb) Erste Ebene von Prüfungsschritten bzw. Entscheidungskriterien für die Instanzgerichte	139
(cc) Besondere Bedeutung des Rechts auf rechtliches Gehör	140
(2) Die aus dem Erfordernis einer dienstlichen Äußerung abgeleiteten Anforderungen	142
(a) Keine Modifizierung des Tatsachenvortrags des Ablehnenden	143
(b) Keine Rechtfertigung des gerügten Verhaltens	144
(c) Zwischenergebnis	145
(3) Spezifische Anforderungen im Hinblick auf die Beanstandung der Mitwirkung an einer Vor- oder Zwischenentscheidung	146
(a) Rechtlicher Hintergrund der Einordnung durch das BVerfG als Fallgruppe einer völlig ungeeigneten Ablehnungsbegründung	147
(aa) Gesetzesystematische Einschränkung des Begriffs der Besorgnis der Befangenheit in Fällen richterlicher Vorbefassung	147
(bb) Ausnahme von der Einschränkung im Fall der Geltendmachung besonderer Umstände	150
(b) Allgemeine Prüfungsschritte im Hinblick auf die Beanstandung der Mitwirkung an einer Vor- oder Zwischenentscheidung	151
(c) Besonderheiten im Hinblick auf die Beanstandung der Mitwirkung an einem Urteil über dieselbe Tat gegen einen anderen Beteiligten in einem gesonderten Verfahren	153

(aa) Beanstandung von zuungunsten des Ablehnenden getroffenen Feststellungen des vorangehenden Urteils	154
(i) Das Kriterium der Prozess-immanenz	155
(ii) Die Bedeutung des Kriteriums der Prozessimmanenz in den Fällen der Mitwirkung an einem Urteil über dieselbe Tat gegen einen anderen Beteiligten	156
(bb) Beanstandung der fehlenden Prozess-immanenz der zuungunsten des Ablehnenden getroffenen Feststellungen	159
(i) Die Rechtsprechung des 5. Strafsenats des BGH	160
(ii) Eigene Bewertung der Rechtsprechung des 5. Strafsenats	162
(d) Besonderheiten im Hinblick auf die Beanstandung der Mitwirkung an Vor- oder Zwischenentscheidungen desselben Verfahrens	167
(aa) Beanstandung einer in der Vor- oder Zwischenentscheidung enthaltenen Beweiswürdigung zulasten des Ablehnenden	167
(i) Ablehnung von Beweisanträgen wegen Bedeutungslosigkeit	168
(ii) Verfahrenseinstellung gemäß § 154 I, II StPO	170
(iii) Zwischenergebnis	170
(bb) Beanstandung einer vorzeitigen endgültigen Festlegung	171
(e) Besonderheiten im Hinblick auf die Beanstandung der Verwerfung eines vorangegangenen Ablehnungsgesuchs	175
(aa) Die Rechtsprechung des BVerfG	175
(bb) Eigene Bewertung und Weiterentwicklung der Entscheidung des BVerfG	177
(i) Beanstandung der Mitwirkung des abgelehnten Richters an der Verwerfungsentscheidung	178

(ii) Beanstandung einer willkürlichen Anwendung des Verfahrens des § 26a I, II 1 StPO	179
(iii) Beanstandung eines bloßen Rechtsfehlers bei der Anwendung des § 26a I StPO	180
(iv) Anforderungen an die Darlegung einer willkürlichen Anwendung des Verfahrens des § 26a I, II 1 StPO	187
(cc) Ergebnis	189
(4) Spezifische Anforderungen im Hinblick auf die Beanstandung von Maßnahmen der Verhandlungsleitung	191
(a) Die Rechtsprechung des 2. und 3. Strafseminats des BGH	192
(b) Beanstandung einer prozessordnungs-gemäßen Maßnahme der Verhandlungsleitung	193
(c) Beanstandung einer rechtsfehlerhaften Maßnahme der Verhandlungsleitung	194
(aa) Objektive Prozessordnungswidrigkeit der beanstandeten Maßnahme als Zulässigkeitsvoraussetzung?	196
(i) Abstrakte Prüfung der Prozessordnungswidrigkeit	197
(ii) Konkrete Prüfung der Prozessordnungswidrigkeit als echte Entscheidung in eigener Sache	198
(bb) Konkrete Darlegung eines Rechtsfehlers als Zulässigkeitsvoraussetzung	202
(d) Ergebnis	204
(5) Über die durch das BVerfG ausdrücklich benannten Fallgruppen hinausgehende Konstellationen	205
(a) Unzutreffende Wiedergabe bzw. Würdigung eines Beweisergebnisses des laufenden Verfahrens	205
(b) „Bloße Schmähungen“	209
(c) Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen oder politischen Gruppe	212
(d) Ergebnis	214
c) Fehlende Glaubhaftmachung	215

3.	Verschleppungsabsicht oder Verfolgung verfahrensfremder Zwecke (§ 26a I Nr. 3 StPO)	221
a)	Begriffsbestimmung	222
aa)	Der Begriff der Verschleppungsabsicht	222
(1)	(Erhebliche) Verfahrensverzögerung	223
(2)	Unbegründetheit des Ablehnungsgesuchs als Voraussetzung?	224
(3)	Verzögerungsabsicht des Ablehnenden	230
(4)	Zwischenergebnis	231
bb)	Der Begriff der verfahrensfremden Zwecke	232
cc)	Der Begriff „offensichtlich“	234
b)	Der Nachweis der Missbrauchsabsicht	236
aa)	Streichung des § 26a I Nr. 3 StPO wegen der mit seinem Nachweis verbundenen Schwierigkeiten?	241
bb)	Prüfung der Missbrauchsabsicht anhand objektiver Kriterien	249
(1)	Der Ablehnungsantrag selbst	252
(a)	Berücksichtigung der „völligen Abwegigkeit“ der Ablehnungsbegründung?	253
(aa)	Der Begriff der „völligen Abwegigkeit“	253
(bb)	Die „völlige Abwegigkeit“ im Sinne einer völligen Ungeeignetheit als praktisch sinnvolles Indiz für die Missbrauchsabsicht?	256
(b)	Berücksichtigung der unzutreffenden Darstellung des Sachverhalts durch den Ablehnenden?	259
(c)	Berücksichtigung der „falschen Darstellung der Rechtslage“ durch den Ablehnenden?	261
(2)	Die Verfahrenssituation	263
(3)	Das vorangehende Prozessgeschehen	264
(a)	Zulässigkeit der Schilderung eigenen Prozessverhaltens durch die nach § 26a I, II 1 StPO zuständigen Richter?	266
(b)	Die Häufung von Ablehnungsanträgen als vorangehendes Prozessgeschehen	269
(c)	Wegen Verschleppungsabsicht abgelehnte Anträge als vorangehendes Prozessgeschehen	273
4.	Unbenannte Verwerfungsgründe	275
a)	Wiederholung eines bereits beschiedenen Antrags	276

Inhaltsverzeichnis

b)	Ablehnung des Gerichts als Ganzes	281
c)	Ablehnung eines noch nicht oder nicht mehr zuständigen Richters	285
d)	Ergebnis	289
IV.	Das Verhältnis der Zuständigkeitsregelung des § 26a I, II 1 StPO zu § 27 I StPO	289
4. Kapitel:	Rechtsschutz gegen die fehlerhafte Bejahung eines Verwerfungsgrundes in dem Verfahren des § 26a II 1 StPO	297
I.	Die Rechtsprechung des BVerfG und des BGH	299
II.	Die willkürliche Bejahung eines Verwerfungsgrundes	300
1.	Sinn und Zweck der absoluten Revisionsgründe sowie des § 338 Nr. 3 StPO im Besonderen	302
2.	Eingreifen des Schutzzwecks in den Fällen der willkürlichen Anwendung des § 26a I, II 1 StPO	306
a)	Verletzung einer wesentlichen Verfahrensgarantie/Verstoß des Ablehnungsverfahrens gegen Art. 101 I 2 GG	306
b)	Beruhen des Urteils auf dem Verfahrensverstoß/Verstoß des Hauptverfahrens gegen Art. 101 I 2 GG?	307
aa)	Die Auffassungen des BVerfG und der Literatur	310
bb)	Stellungnahme/eigener Erklärungsansatz	311
	(1) Verletzung des subjektiven Anspruchs auf einen unparteilichen Richter im Hauptverfahren	313
	(2) Verlust der Eigenschaft als gesetzlicher Richter im Hauptverfahren	315
c)	Zwischenergebnis	317
3.	Verfassungskonformer Prüfungsmaßstab der Beschwerde	317
III.	Die lediglich rechtsfehlerhafte Bejahung eines Verwerfungsgrundes	318
1.	Die Möglichkeit des Austauschs des Verwerfungsgrundes	322
2.	Eingreifen des § 338 Nr. 3 StPO wegen des Fehlens der tatsächlichen Grundlage für die Prüfung der Begründetheit?	325
5. Kapitel:	Ergebnisse der Untersuchung und Schlussbemerkung	334
I.	Die Garantien des Art. 101 I 2 GG	334

II.	Wesentliche Unterscheidung zwischen einer echten und einer unechten Entscheidung in eigener Sache im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit der Garantie eines unparteilichen Richters	334
III.	Vereinbarkeit der Verwerfungsgründe des § 26a I StPO bzw. der Entscheidung über ihr Vorliegen durch den abgelehnten Richter mit den Garantien des Art. 101 I 2 GG	335
1.	Vereinbarkeit mit der Garantie des gesetzlich vorher-bestimmten Richters	336
a)	Formulierung eines Entwurfs für ein Gesetz zur Änderung des Richterablehnungsrechts im Strafverfahren	336
b)	Begründung des Entwurfs	337
2.	Vereinbarkeit mit der Garantie eines unparteilichen Richters	338
IV.	Rechtsschutz gegen die fehlerhafte Verwerfung eines Ablehnungsgesuchs	342
V.	Schlussbemerkung	343
	Literaturverzeichnis	347